

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Ernst Kricheldorf, Dresden.

Abonnementpreis: jährlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen monatlich 7.25 M., Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261, Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Normalzeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3-spaltige Reklamazeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Keine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Nr. 141

Dresden, Dienstag den 22. Juni 1920

31. Jahrg.

Eine Regierung ohne Sozialisten

Berlin, 22. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung, Reichsanwalt Lehmann, zum Reichstanzler ernannt. Wg. Lehmann hat die Verfassung angenommen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinetsbildung nunmehr recht bald zum Abschluß gelangen.

Die Unabhängigen haben nicht ganz das Ziel ihrer Wünsche erreicht. Wir haben keine Regierung bekommen, an deren Spitze Dollfuß und Wulle stehen, aber dieselben werden sie sich damit trösten, daß wir infolge ihrer Abstinenzpolitik wenigstens eine sozialistische Regierung erhalten. Das Kabinett, das jetzt zustandekommt, ist eine Regierung der Mitte, an der sich die drei Mittelparteien, Zentrum, Demokratie und die freilich schon sehr weit rechts stehende Deutsche Volkspartei beteiligen. Wie sich die Sozialdemokratie zu der neuen Regierung stellen wird, wird selbstverständlich von den Taten der Regierung abhängen. Da nach der Weigerung der Unabhängigen für eine Regierung unter unserer Beteiligung nur eine Mehrheit zu haben gewesen wäre, wenn wir uns entschlossen hätten, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, hat die Sozialdemokratie zunächst kein Interesse daran, die neue Regierung zu führen.

Man kann erwarten, daß wenigstens vorläufig die neue Regierung versuchen wird, bei der Sozialdemokratie möglichst wenig anzuklopfen. Besonders reaktionäre Streiche gegen die Arbeiterkraft haben wir von der neuen Regierung in der nächsten Zeit kaum zu erwarten, wobei sich freilich nicht sagen läßt, ob nicht im Laufe der Zeit die Regierung unter dem Einfluß agrarischer und kapitalistischer Kreise immer mehr nach rechts und in eine Kampfstellung gegen die Arbeiterkraft gedrängt werden wird. Die neue Regierung wird aber voraussichtlich manches anders machen, als es von einer Regierung, an der Sozialisten beteiligt sind, gemacht worden wäre. So besteht die Gefahr, daß die neuen Männer dazu neigen, vorzeitige Experimente mit der Lockerung der Zwangswirtschaft zu machen. Erträgt doch auch Interessenkreisen, die von den schlechten Erfahrungen, die man beim Hafer und Weizen gemacht hat, immer wieder der Ruf nach möglichst baldiger, völliger Beseitigung der Zwangswirtschaft; und wenn die Regierung sich etwa dazu freidenken ließe, die Zwangswirtschaft auch beim Getreide oder gar beim Fleisch zu beseitigen, so wäre dadurch unsere Volksernährung auf schwerste Gefahr setzend.

Schließlich kann für die Massen des deutschen Volkes eine bürgerliche Regierung auch deswegen werden, weil sie vieles unterlassen wird, was geschehen mußte. Die wirtschaftliche Entwicklung der Zeit nach der Revolution weist nur zu deutlich darauf hin, daß wir weiter vordringen müssen auf dem Wege zu einer gemeinwirtschaftlichen Organisation unserer Volkswirtschaft. Gerade in den letzten Monaten sind hier mancherlei nützliche Erfahrungen gemacht worden, die es zu würdigen gilt. Die hierzu nötigen Maßnahmen können aber nicht einfach etwa durch Parlamentsbeschlüsse erzwungen werden. Nur derjenige, der den Verwaltungsapparat in der Hand hat, ist in der Lage, zu prüfen, was unter den gegenwärtigen Umständen geschehen kann, und unsere Volkswirtschaft besser zu organisieren. Man kann nicht in einem Parlament beschließen, daß dieser oder jener Wirtschaftszweig zu sozialisieren sei, sondern es kommt darauf an, daß bis ins einzelne gehende, von Sachkundigen ausgearbeitete Pläne aufgestellt werden, wenn praktisch etwas erreicht werden soll.

Es ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, wer Leiter des Wirtschaftsministeriums sein wird. Das Behalten mindestens eines Teiles der an der Koalition beteiligten Abgeordneten wird dahin gehen, einen Mann an diese Stelle zu bringen, der Unternehmensfreien nahesteht und wir würden uns dann nicht darüber zu wundern brauchen, wenn im Reichswirtschaftsministerium ein entsprechender Kurs eingeschlagen wird.

Dadurch, daß die Sozialdemokratie aus der Regierung austritt, kommt sie nicht in die glückliche Lage, wieder eine Oppositionspartei in dem Sinne zu werden, wie sie es früher im alten Deutschland war. Selbst wenn wir zu der neuen Stellung in einem härteren Gegensatz ständen, als das wohl vorläufig der Fall sein wird, müßten wir bei der Opposition doch immer ein großes Maß von Vorzicht und Zurückhaltung walten lassen. Am alten deutschen Reich hatten wir nicht die allgeringste Aussicht, jemals zur Regierung zu kommen und es war nur zu natürlich, daß wir jede vorhandene Gelegenheit benutzten, um die uns feindlich gegenüberstehende Regierung anzugreifen. In einem parlamentarisch-demokratischen Staat, wie es Deutschland jetzt ist, hat eine Partei nur dann Einflussberechtigung, wenn sie, sobald sie in der Opposition ist, danach strebt, wieder zur Teilnahme an der Regierung zu gelangen, so wie sie glaubt, dabei erhebliche Arbeit leisten zu können. Eine Partei, die wie die U. S. V. Angst vor dem Regieren hat, ist eigentlich eine Unmöglichkeit in einem demokratischen Staate. Da wir aber wissen, daß wir recht bald einmal wieder in der Regierung sein können, werden wir auch bei unserer Kritik immer sehr genau überlegen müssen, ob wir das Kritische auch wirklich besser machen könnten, wenn wir an entscheidender Stelle wären. Also zu beachten wie früher wird für uns die Oppositionstellung unter keinen Umständen jemals wieder sein.

Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung war die Folge der Wahlen, die der Sozialdemokratie einen beträchtlichen Verlust an Stimmen und Mandaten gebracht haben. Ueber die Ursachen unserer Verluste ist schon mehrfach das Notwendige gesagt worden. Es wäre nicht mit rechten Dingen zugegangen, wenn eine Partei, die wie die deutsche Sozialdemokratie in einer so ungeheurer schweren Zeit eine führende Rolle in der Regierung innehatte, nicht bei diesen Wahlen große Verluste erlitten hätte, zumal ein großer Teil des deutschen Volkes sich immer noch nicht darüber klar ist, daß wir nur infolge des Krieges und der Niederlage in einem Zustand der tiefsten Armut geraten sind und deshalb dazu neigt, die jeweilige Regierung für ihre Misse verantwortlich zu machen. Es ist ein Zeichen für die unverbesserliche Lebenskraft unserer Partei, daß wir immer noch so stark aus dem Wahlschlamm herausgegangen sind.

So richtig es aber auch ist, daß die Sozialdemokratie sehr viel Stimmen verloren hat, weil sie für Dinge verantwortlich gemacht wurde, die sie nicht ändern konnte, so müssen wir uns doch gerade jetzt die Frage vorlegen, ob nicht von unserer Partei und unsern Vertretern in der Regierung Verbesserungen und Unterlassungsjähren begangen worden sind. Unsere Zeitung hat schon früher gelegentlich an der Haltung der Vertreter unserer Partei in der Regierung Kritik geübt. Es hat uns vor allem nicht gefallen, daß man sich in unserer Partei nicht genügend mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat und unsre Vertreter in den Regierungen haben es, so scheint uns, hier und da an der nötigen Energie fehlen lassen. Wir können selbstverständlich mit Reue sich darin überlassen, daß sich in einer Zeit des Mangels das Schiebertum nicht beseitigen läßt und wir geben uns nicht dem naiven Glauben hin, daß man den Bauern durch polizeiliche Zwangsmassnahmen die letzte Kartoffel und den letzten End Getreide wegholen kann. Aber es wäre unser Erachtens a. B. möglich gewesen, rechtzeitiger und energischer gegen die Leute vorzugehen, die unsere Volkswirtschaft durch die Einfuhr und den Verkauf ausländischer Luxuswaren so schwer geschädigt haben. Unserer Auffassung nach hätte die Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe darin sehen müssen, als Vorkämpferin für eine planmäßige Regelung des Wirtschaftslebens aufzutreten. Das hat sie unseres Erachtens nicht in genügendem Maße getan und in manchen bürgerlichen Zeitungen hat man sich eifriger mit den hier in Betracht kommenden Problemen beschäftigt, als innerhalb unserer Partei.

Eine Unterlassungsjahre, deren sich unsere Partei schuldig gemacht hat, war es auch, daß sie es verkannt hat, sich rechtzeitig ein wirtschaftliches Aktionsprogramm zu schaffen, auf Grund dessen sie hätte den Wählern sagen können, welche Maßnahmen sie durchzuführen will, wenn sie nach den Wahlen einen entscheidenden Einfluss erlangt. Ob sie durch ein solches Programm sehr viel Stimmen gewonnen hätte, mag dahingestellt bleiben, aber zweifellos wäre die Anziehungskraft der Partei durch eine klare Stellungnahme zu den dringenden Wirtschaftsfragen unserer Zeit gesteigert worden. Man kann heute nicht mehr damit auskommen, daß man erklärt, man wolle „sozialisieren“, sondern man muß die Maßnahmen im einzelnen bezeichnen, die man glaubt durchführen zu können.

Was wir vor den Wahlen verübt haben, das muß jetzt schleunigst nachgeholt werden. Wir können, ganz gleich, ob wir bald wieder Neuwahlen zum Reichstag haben oder nicht, doch schon in wenigen Monaten vor der Reichswahl stehen, wieder in die Regierung einzutreten, und da muß die Partei in den für unser deutsches Volk wichtigsten Fragen ein klares Programm haben, das unmittelbar erfüllbare Forderungen enthält. Es gilt also für unsere Partei, die Zeit, die wir außerhalb der Regierung stehen, auszunützen, nicht nur zur Stärkung unserer Organisation und Presse, sondern auch zur Klärung über unsre nächsten Ziele, damit, wenn wir wieder in die Regierung eintreten, wir noch in höherem Grade als bisher imstande sind, durch zielbewusstes Handeln dem deutschen Volke und der Sache des Sozialismus zu dienen.

Die Ministerliste

Berlin, 21. Juni. Wie die Germania von durchaus zuverlässiger Seite erfährt, kann die Kabinetsbildung als vollkommen gesichert angesehen werden. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Reichstanzler: Lehmann (Zentr.); Inneres: Dr. Koch (Dem.); Finanzen: Dr. Wirth (Zentr.); Post: Sieberts (Zentr.); Ernährung: Dr. Herms (Zentr.); Wehr: Dr. Gehler (Dem.); Justiz: Dr. Heintze (Deutsche Vp.). Für das Reichskriegsministerium ist Herr v. Kardorff (Deutsche Vp.) vorgeschlagen. Die Besetzung des Verkehrs, der Wirtschaft und der Arbeit ist noch nicht endgültig entschieden. Für das letztere Ministerium kommt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauministerium wird voraussichtlich mit einem andern Ministerium verbunden werden. Das Auswärtige Amt, dessen Besetzung von allen Parteien durch einen Fachmann als dringend erwünscht bezeichnet worden ist, wird durch Geheimrat Simons besetzt, der sich durch seine Teilnahme an den Versäuer Verhandlungen einen Namen gemacht hat.

Die neuen Männer

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 22. Juni. Wie die U. S. V. erfahren, haben General Gröner und Geheimrat Simons die ihnen angebotenen Ministerposten angenommen. General Gröner wird das Verkehrsministerium, Geheimrat Simons die Leitung des auswärtigen Amtes

übertragen werden. Die Zentrumsmänner bleiben auf ihren Posten, ebenso die demokratischen Minister, Koch und Gehler. Die Frage der Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums ist immer noch ungeklärt. Geheimrat Sieberts und Dr. Weidner, denen das Ministerium angeboten wurde, haben abgelehnt. Nunmehr kommt für das Reichswirtschaftsministerium oder das Schatzministerium der nationalparteiliche Abgeordnete Dr. Beder, Hessen, in Frage. Das Wiederaufbauministerium bleibt einseitig unbesezt. An Stelle des verstorbenen Justizministers Dr. Bindert wird letztendlich Dr. Heintze von der Deutschen Volkspartei.

Neueste Telegramme

Noch keine Einigung über die Schuldsomme

Eigene Drahtmeldung

Paris, 22. Juni. Am zweiten Tage der Konferenz von Boulogne wurde die Sitzung erst um 8 Uhr abends geschlossen, nachdem die Erörterungen ziemlich lebhaft waren. In der Mitteilung, die um 8 Uhr ausgegeben wurde, befindet sich nicht die geringste Anspielung auf die wichtigste Frage: Die Festsetzung der deutschen Schuldsomme. Das Einvernehmen scheint also nicht vollkommen erzielt zu sein. Die Summe von 105 Milliarden, zahlbar in 25 Jahresraten, wurde von englischer Seite angeregt, aber von der Konferenz noch nicht abgelehnt. Der französische Finanzminister Radau reist heute morgen nach Paris zurück, um heute nachmittags einer Sitzung des Senats beizuwohnen. Ein Journalist frugte ihn, ob man denn nichts über die Kriegsschulden und die gestörten Gebiete besprochen habe. Der Minister überlegte einen Moment und sagte: „Das wird erst in der nächsten Sitzung geschehen“. Was die Entwaftung Deutschlands anbelangt, so scheint eine Einigung erzielt zu sein. MacDonald hat heute noch gestern abend eine Note an Deutschland geschickt, und zwar in sehr energiegelassenem Sinne gehalten, in der er die frische Ausführung des Vertrages von Versailles fordert. Die Note, die nach den Unterredungen von Spize verfaßt und von der französischen Regierung genehmigt wurde, schloß sich dem englischen Standpunkt über die Entwaftung Deutschlands an. Der Text ist sehr höflich gehalten.

Zeit Parisien schreibt: Zur Klärung der deutschen Schuld wurde in Boulogne beschlossen, der internationalen Finanzkonferenz von Brüssel die Emission einer internationalen Anleihe zu empfehlen, deren Zweck die deutschen Einkünfte sein sollten. Deutschland soll seine Rechte darin nicht einbüßen, sondern sie sollen nur vorübergehend in die Hände der Alliierten übergehen. Wenn Deutschland in Bezug auf die Ausföhrungen des Friedensvertrages weiter bösen Willen bekundet, sollen alle Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, die ebenfalls zur weiteren Beilegung deutschen Gebietes führen würden.

Die Konferenz in Boulogne

Boulogne, 21. Juni. (Havas.) Offizieller Bericht. Die zweite Sitzung der Konferenz von Boulogne wurde Montag nachmittags von 4-7 Uhr abgehalten. Die offizielle Frage wurde in Erwägung gezogen. Das Datum des 26. Juni, das ursprünglich für die Friedenskonferenz angesetzt war, wurde aufrecht erhalten. Die Konferenz billigte ferner die militärischen Maßnahmen, die von den Alliierten nach und nach getroffen werden, um der Lage in der Westfront von Konstantinopel bis zum Meeressum entgegenzutreten. Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, die geschichtlichen, die politischen, vorkonfessionellen, römisch-katholischen und jugoslawischen Delegierten nach Spa zu einer Besprechung der sie direkt betreffenden Fragen mit den Alliierten einzuberufen. Die Marschälle Foch und Wilson billigten den Text der alliierten Note an die deutsche Regierung bezüglich der Entwaftung und des Kriegsmaterials sowie der bisher noch nicht durchgeführten Besatzung der Armeen auf die im Versäuer Vertrage vorgesehenen Stützpunkte.

Das Ende der Koalition!

In der ganzen sozialdemokratischen Partei von Hamburg bis München und von Königsberg bis Konstanz regt sich ein aufgeregtes Gemurmel. Bezirksleiter, Parteireferenten, alle Genossen, die mit der Partei verwaht sind und die Verpflichtung fühlen, sie gegen Angriffe von außen zu verteidigen, begrüßen den Auszug unserer Genossen aus der Wilhelmstraße mit einem Uff der Erleichterung. So stark ist dieses Gefühl, daß der Untertan der Sorge darüber, wie nun künftig die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt werden sollen, gegen die allgemeine Stimmung der Befriedigung noch gar nicht aufkommen kann.

Die Freude über das Ende der Koalition ist nach allem Vorangegangenen psychologisch sehr leicht zu erklären. Lange dauern wird sie aber nicht, und dem ursprünglichen Gefühl werden bald recht nachdenkliche Erwägungen folgen. Schon jetzt wäre es Zeit, darüber zu staunen, daß die politische Vertretung der Arbeiterklasse eine gewisse Genugtuung darüber empfindet, daß sie ein sehr wichtiges Stück der Macht, die sie besaß, verloren hat. Es ist doch schmerzhaft die verkehrte Welt, daß die Arbeiter haben, weil sie aus der Regierung heraus dürfen, und daß die Bürgerlichen weinen, weil sie in der Regierung bleiben müssen. Mit einer rein schablonenhaft aufgelassen Theorie des Klassenkampfes vertritt sich dieses Schauspiel jedenfalls sehr schlecht.

Die Vorgänge bei der neuen Regierungsbildung haben mit anschaulicher Deutlichkeit gezeigt, daß das Regieren unter den gegebenen Umständen für keine Partei und für keine Klasse ein Vergnügen ist. Aber man möge doch nicht vergessen, daß es letzten Endes eine recht kindliche Vorstellung wäre, wenn man es als die natürliche Aufgabe jeder Partei betrachte, sich möglichst weit von der Regierung fern zu halten. Eine